59. Jahrgang No. 595

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 20. Dezember 1911

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Gr.-Berlin: 20 Pf. wöchentl. bzw. 85 Pf. monatl. freiens Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pfennig und vierteljährlich Mark 2.70. Insertionspreis für die Zeile 40 Pfennig. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 46/49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10131–10148.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1–6, Frankfurter Allee 61–62, Gr. Frankfurterstr. 31 und 97, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27, Badstr. 55, Köbligstr. 56–57, Rosenthalerstr. 48, Kottbuserstr. 3, Potsdamerstr. 35, Leipzigerstr. 105, Blücherstr. 69; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrnstr. 30; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Friedenau-Steglitz: Rheinstr. 50; Gr.-Lichterfelde-W.: Carlstr. 1–3; Halensee-Grunewald: Henriettenpl. 1; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 129; Pankow: Bornholmerstr. 1; Potsdam: Brandenburgerstr. 29; Rixdorf: Berlinerstr. 41; Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breitestr. 47; Tegel: Berlinerstr. 90; Weissensee: Berliner Allee 39; Wilmersdorf: Uhlandstr. 38–39.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Blauer Dunst.

Die offiziösen Mitteilungen aus dem Reichshaushaltsetat werden fortgesetzt. Neben der Gesamtübersicht, die im ordentlichen Etat mit 2684890430 Mark balanziert, gibt die „Nordd. Allg. Ztg." einen Vergleich des außerordentlichen Etats 1912 mit dem von 1911. Sie stellt folgendes Bild auf:

Im Jahre 1911 betragen die außerordentlichen Ausgaben insgesamt 216 975 817 Mark, und zwar

für die Marine	108 909 917	Mark
„ Festungsbau	18 689 400	„
„ die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung	5 000 000	„
„ Kleinwohnungen	2 000 000	„
„ die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-kanals	48 000 000	„
„ Post und Telegraphie	22 000 000	„
„ die Reichseisenbahnen	12 376 500	„

Von dem Gesamtsoll mit 216 975 817 Mark gehen ab die gesetzlichen Beträge für Schuldentilgung mit 114 946 565 Mark und die kleineren Rückeinnahmen mit 4 529 246 Mark, insgesamt . . . . 119 475 811 „

so daß als Anleihesoll . . . . . 97 500 006 Mark verbleiben.

Nach dem Etatsentwurfe für 1912 werden die außerordentlichen Ausgaben insgesamt 134 478 100 Mark betragen, und zwar:

für die Marine	82 570 000	Mark
„ Festungsbau	16 764 300	„
„ Kleinwohnungen	4 000 000	„
„ Post und Telegraphie	22 000 000	„
„ die Reichseisenbahnen	9 138 800	„

Von dem Gesamtsoll mit 134 478 100 Mark gehen ab die Beträge für Schuldentilgung mit 85 264 929 Mark und die kleineren Rückeinnahmen mit 5 449 799, insgesamt . . . . . 90 714 728 „

so daß als Anleihesoll verbleiben . 43 758 372 Mark

Danach verringern sich die außerordentlichen Ausgaben im Jahre 1912 gegen 1911 um 82 502 717 Mark, und zwar vorwiegend dadurch, daß die Ausgaben für die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals (für 1912 42 000 000 Mark) und für die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung sowie Teile der Ausgaben für die Marine und für Festungsbau auf den ordentlichen Etat übergeleitet worden sind. Anderseits vermindert sich die gesetzliche Tilgungssumme, weil die im § 1 des Finanzgesetzes vom 15. Juli 1909 vorgeschriebene Abbürdung des Fehlbetrages des Jahres 1909 bereits in dem Rechnungsjahre 1911 zu Ende geführt wird.

Somit stellt sich das Anleihesoll im Jahre 1912 um 53 741 634 Mark niedriger als im Jahre 1911.

In den einleitenden Bemerkungen zu dieser Aufstellung verwahrt sich die Regierung gegen die „von einigen Seiten vertretene Annahme, daß mit der Veröffentlichung im gegenwärtigen Augenblick besondere Zwecke verfolgt würden."

Nach der auf Veranlassung des Herrn Erzberger und der anderen blauschwarzen Blocklenchten vom Reichsschatzsekretär fünf Minuten vor Reichstagsschluß in Szene gesetzten „Rettung" der klerikal-agrarischen Finanzreform darf sich die Regierung nicht wundern, wenn der Verdacht laut wird, daß ihre jetzigen offiziösen Beschönigungsversuche von der Angst vor dem 12. Januar diktiert sind. Auf die Wahlrede des Herrn Wermuth folgen jetzt die offiziösen Wahlartikel, und zu denen muß der Etat herhalten. Denn mit Zahlen kann ein geschickter Jongleur alles machen, und nun vollends erst mit dem verkruffenen und verzwickten Zahlengebilde, das sich Etat nennt und dem der Laie vollkommen hilflos gegenübersteht. Auf diesem Gebiete der Verdunklung hat man mit den gestern veröffentlichten Angaben schon das Menschenmögliche geleistet, und das wird heute flott fortgesetzt. Sand in die Augen! heißt die Losung. Es läßt sich aber nicht bemänteln, daß gegenüber dem rechnerischen Mehr von 23 Millionen durch die Aufrechnung der Ueberweisungen mit den Matrikularbeiträgen in Wahrheit ein Mehr von 180,6 Millionen Mark herauskommt. Für die Schuldentilgung sind 85,3 Millonen Mark eingesetzt gegen 114,9 Millionen Mark im Vorjahr, also nahezu 30 Millonen Mark weniger; ebenso ist wieder eine Zuschußanleihe erforderlich.

Die Wähler werden also gut tun, sich durch diese finanztechnischen Kunststücke nicht blauen Dunst vormachen zu lassen. Sie werden den reaktionären Agitatoren, die damit krebsen gehen werden, kein Gehör schenken. Die Wähler werden auf alle diese Versuche, die nur die tödliche Angst ihrer Urheber vor dem Wahltage erkennen lassen, die einzig richtige Antwort geben dadurch, daß sie am 12. Januar Mann für Mann gegen die Reaktion stimmen!

John Bigelow †. Im Patriarchenalter von 94 Jahren ist in New-York, wie uns ein Telegramm meldet, ein amerikanischer Politiker gestorben, der vor fünfzig Jahren in der Politik eine große Rolle gespielt hat: John Bigelow, während des großen amerikanischen Bürgerkrieges der Vertreter der Vereinigten Staaten in Paris. Er hatte dort wegen der feindlichen Stellung Napoleons III. zu den Südstaaten eine sehr schwierige Aufgabe zu lösen und gab im Jahre 1866 seinen Posten auf. John Bigelow, der am 25. November 1817 zu Malden im Staate New-York geboren wurde, trat nach seiner Rückkehr in die Heimat als leitender Redakteur an die Spitze der „New-York Times" und war in den siebziger Jahren Staatssekretär von New-York. Er hinterläßt eine größere Anzahl politischer Werke. Seinen Sohn, den ebenfalls durch seine Schriften (darunter ein Werk über Bismarck) bekannten Schriftsteller Poultney Bigelow, ließ er Anfang der siebziger Jahre in Potsdam erziehen, wo der damalige Prinz Wilhelm, der jetzige Kaiser, in freundschaftliche Beziehungen zu dem jungen Bigelow trat.

Kurze Chronik.

* Die Tendenzmeldung der „Rhein.-Westf.-Ztg." von einer Verschwörung zum Zwecke der Zerstörung der Wilhelmshavener Schleusen wird offiziös für erfunden erklärt.

* In der belgischen Kammer erklärte der Minister des Aeußern Davignon, daß das Vorkaufsrecht auf dem Kongo nicht cediert werden könne.

* Die Behörden von Dundee haben um militärische Unterstützung zur Unterdrückung der Streikunruhen gebeten.

* In New-York ist der bekannte amerikanische Publizist John Bigelow gestorben.

* Näheres im Text des Blattes.

Wahlkampf mit „geistigen Mitteln".

Aus dem ostpreußischen Wahlkreise Osterode-Neidenburg wird dem „Berl. Tagebl." geschrieben:

Der Wahlkampf nimmt hier immer rohere Formen an. Es liegt dies hauptsächlich daran, daß die Konservativen eine ganz bestimmte Kohorte gebildet haben, lediglich zu dem Zweck, die nationalliberalen Versammlungen zu stören und durch Zwischenrufe und Radau die Redner am Sprechen zu hindern. Als kürzlich einige von diesen Leuten in Gregersdorf bei Neidenburg aus dem Versammlungsraum verwiesen wurden, kam es zu wüsten Szenen. Mit Stöcken wurde an das Fenster geschlagen und auf alle mögliche Weise versucht, die zurückgebliebenen Zuhörer einzuschüchtern und zum Verlassen der Versammlung zu bewegen. Noch schlimmer kam es nach der Versammlung. Als der nationalliberale Parteisekretär aus dem Dorfe Gregersdorf hinausfuhr, da ertönte ein Pfiff und bald darauf wurden das Gespann und seine Insassen mit faustgroßen, scharfkantigen Steinen beworfen. Ein Stein riß dem Parteisekretär die Pelzmütze vom Kopf, ein zweiter traf seinen Begleiter, ein dritter den Kutscher, während viele Steine über das Gefährt hinwegflogen. Erst als die in dieser Weise Bedrohten zu ihrer Verteidigung zwei Revolverschüsse abfeuerten, ließ der Steinhagel nach, und das Gefährt konnte ungehindert Nutschaken erreichen. Auch hier suchten die konservativen Agitatoren, die schnell hinterher gefahren waren, in den Versammlungsraum einzudringen, wurden aber von dem Besitzer an der Tür zurückgewiesen. Der Ueberfall in Gregersdorf wurde sofort der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Verfälschter Kaffee. Mit Verfälschungen des Kaffees, die in neuerer Zeit vielfach wahrgenommen sind, beschäftigt sich ein Runderlaß des Ministers des Innern, worin ausgeführt wird:

Häufiger werden geröstete Samen von Hülsenfrüchten, die den Kaffeebohnen in der Größe, im Aussehen und in der Form ähnlich sind, dem gebrannten, ungemahlenen Kaffee zugesetzt. Bei drei untersuchten Proben war die Menge der zugesetzten Samen von Hülsenfrüchten verschieden groß, und zwar bestand die eine Probe zu etwa einem Viertel, die zweite Probe zur Hälfte, die dritte Probe sogar zu zwei Dritteln aus dieser fremden Beimischung. Solche Mischungen dürfen keinesfalls unter der Bezeichnung „Kaffee" in den Verkehr gebracht werden.

Andere Verfälschungen des Kaffees erfolgen beim Handel mit Kaffee in gemahlenem Zustande. Insbesondere wird darüber geklagt, daß Kaffeeersatzstoffe oder Gemische dieser mit gemahlenem Bohnenkaffee unter täuschenden Phantasiebezeichnungen als Kaffeemischungen oder mit einer ganz unzureichenden Deklaration ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung in den Verkehr gebracht werden. Die Berechtigung dieser Klagen ist durch die Prüfung der Aufschriften auf den Packungen einer großen Zahl derartiger Surrogate erwiesen. So wurden in letzter Zeit in sogenannten Bruchkaffeemischungen bis zu 30 vom Hundert Surrogate festgestellt und zwar vorwiegend Zichorie, Eicheln, Roggen, Rüben, Feigen und Mais. Einige Proben enthielten neben verschiedenen Surrogaten auch noch bis zu 10 vom Hundert Steine, die in der Farbe den Surrogaten glichen und infolgedessen nicht ohne weiteres wahrnehmbar waren. Diese Zusätze wurden natürlich beim Verkauf wie auf der Packung vollständig verschwiegen, von einem einzigen Fall abgesehen, in dem die Tüte einen roten Zettel enthielt mit der Deklaration „Perlkaffeemischung mit Leguminose glasiert".

Wenngleich diese Mischungen nicht gesundheitsschädlich sein mögen, sofern es sich um den Zusatz gerösteter Samen gesundheitsunschädlicher Hülsenfrüchte handelt, so ist doch zu beachten, daß speziell die Lupinensamen auch wirksame Alkaloide enthalten, die, falls sie nicht vorher sorgfältig entfernt werden, unter Umständen gesundheitsschädliche Wirkungen ausüben könnten.

Die mit der Kontrolle des Nahrungsmittelverkehrs betrauten Stellen, besonders die Nahrungsmittelunterfuchungsämter, werden daher angewiesen, den Kaffeeverfälschungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ueberall, wo die Lebens- und Genußmittel durch eine ausschweifende Zollpolitik künstlich verteuert werden, blühen die Fälschungen, weil das Volk die hohen Preise nicht zahlen kann und billigere Ware wünscht! Daß der Konsument dabei hinter's Licht geführt wird, merkt er erst zu spät.

Die Pariser Marokkodebatte.

Jaurès über das Abkommen.

(Telegraphische Berichte.)

Paris, 19. Dezember.

Die Galerien und öffentlichen Tribünen der Kammer sind heute bedeutend schwächer besetzt als an den vorhergehenden Tagen.

Die Besprechung des deutsch-französischen Abkommens wird wieder aufgenommen. Charles Benoist bezeichnet das Abkommen als mittelmäßig — aber es sei so, wie es eben sein konnte. Sein größter Fehler sei, daß es keinen Abschluß bringe. Der Redner verlaß dann eine Mitteilung Leon de Castillos über die Beharrlichkeit, mit der Delcassé darauf bestanden habe, mit Spanien und England zu verhandeln. Dann eine Rede des Herzogs von Almodovar, in der auf die Weigerung Silvelas und Mauras, einen Vertrag zu unterzeichnen, angespielt wird. Ferner wies er darauf hin, daß der „Imparcial" vom 10. Mai 1904 einen Brief Silvelas vom Jahre 1902 veröffentlichte, worin dieser erklärte, er habe den von Delmuni und Almadovar abgeschlossenen Vertrag unterzeichnet, weil er England nicht übergehen wollte.

Jaurès: Also hat man über Marokko unter Uebergehung Englands und dann

unter Uebergehung Deutschlands

verfügt.

Charles Benoist fuhr dann fort, der Fehler sei gewesen, daß man Frankreich seit dem Jahre 1904 gebunden habe, man könne gar nicht genug die begangenen Fehler bedauern: im Jahre 1902 der Vertrag mit Spanien hinter dem Rücken Englands; im Jahre 1904 der Vertrag mit England hinter dem Rücken Deutschlands; im Jahre 1905 das hartnäckige Stillschweigen gegenüber Deutschland. Diese Fehler bezahle man heute mit französischen Territorien.

Sodann sprach Jaurès über das ungeheure Mißverhältnis zwischen dem marokkanischen Traum und den erzielten Ergebnissen. Wenn die Anreger der Marokkopolitik hätten voraussehen können, daß diese Politik dreimal daran war einen Krieg zu entfesseln und daß Frankreich einen Teil des Kongo für das halb internationale Protektorat über Marokko werde bezahlen müssen, noch dazu verkürzt um das Stück am Mittelländischen Meer, daß man ferner Italien in Tripolis neben den Italienern Tunesiens sich einrichten lassen werde, und Spanien am Muluja neben den Spaniern Orans, daß man in die marokkanische Erde die Wurzel der wirtschaftlichen Macht Deutschlands senken werde, dann, glaube er, hätte sich ihr Eifer etwas abgekühlt. Die Marokkanische Bank sei ein wirklicher europäischer Rat. Das Abkommen werde einer deutschen Kolonie gestatten, sich in Marokko einzurichten und die dortigen Bergwerke auszubeuten. Wenn zwischen Frankreich und Spanien Interpretationsschwierigkeiten entstehen sollten, dann würde man sich des Fehlers bewußt werden, der begangen wurde, als man mit der Algeciras-Akte das einzige Ausdrucksmittel der internationalen Meinung fälschte. Italien suche Tripolis zu verschlingen, Rußland gehe an die Teilung Persiens, Oesterreich mache, wenn man den Blättern Glauben schenke, seine Zustimmung von der Zulassung einer Anleihe in Frankreich abhängig.

Minister des Aeußern de Selves: Der österreichische Botschafter hat soeben aus eigenem Antrieb einen Zusammenhang zwischen der Frage einer Anleihe und der Zustimmung seines Landes in Abrede gestellt.

Jaurès: Das ist kein formelles Dementi der Zeitungsmitteilungen.

Ministerpräsident Caillaux: Spielen Sie nicht mit Worten. Niemals ist von einer finanziellen Leistung die Rede gewesen. (Beifall.)

Jaurès: Das ist ebenso unzweideutig, wie es im Widerspruch zu der Erklärung des Ministers de Selves steht.

Minister des Aeußern de Selves: Ich wiederhole: Der österreichische Botschafter hat mir erklärt, daß die beiden Fragen niemals miteinander vermengt worden sind, und daß die Zustimmung Oesterreichs vorbehaltlos ist.

Delahaye: Und die finanziellen Besprechungen mit Deutschland?

Pourquery de Boisserin: Deutschland? Ohne daß ein Verrat begangen wird, werden

die deutschen Werte niemals an der Pariser Börse

zugelassen werden.

Jaurès: Der französischen Diplomatie fehlte es an Klugheit und Bescheidenheit. Nichts war besser als die Wiederversöhnung Frankreichs mit Italien und mit England. Aber es war ungeschickt, daß man die Empfindlichkeit Deutschlands in dieser Beziehung geweckt hat. **Deutschland hat das Mißgeschick gehabt, immer eine Großmacht zu sein, die zu spät gekommen ist.** Die deutsche Diplomatie ist nicht von Vorwürfen freizusprechen, sie hat manchmal ein brüskes Verhalten an den Tag gelegt, aber sie hat die Mäßigung gewahrt, auf die es ankommt. (Beifall auf der äußersten Linken, lebhafter Widerspruch auf zahlreichen Bänken.)

Jaurès fuhr fort: Weder Bismarck noch die drei Kaiser haben mit Ueberlegung einen Krieg gewollt. (Lebhafter